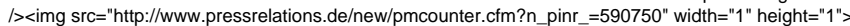




Equal Pay Day: Warme Worte helfen nicht

Equal Pay Day: Warme Worte helfen nicht
Zum diesjährigen Equal-Pay-Day erklären Simone Peter, Bundesvorsitzende, und Gesine Akena, Frauenpolitische Sprecherin und Mitglied des Bundesvorstands von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: "Noch immer verdienen Frauen in Deutschland 22 Prozent weniger als Männer. Um den Jahresverdienst eines Mannes zu erreichen, der eine gleichwertige Arbeit ausübt, müssen sie 79 Tage länger arbeiten. Damit befindet sich Deutschland auf einem der letzten Plätze im europäischen Ranking. Wir wollen, dass Frauen endlich den gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit bekommen. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich endlich für dieses Ziel einzusetzen. Ministerin Schwesig hat zwar lautstark ein Gesetz angekündigt, das für Entgeltgleichheit sorgen soll. Es regelt aber in erster Linie die Transparenz bei Gehältern. Transparenz ist ein wichtiger Aspekt, aber um diskriminierende Strukturen aufzubrechen, brauchen wir mehr: Wir fordern ein Verbandsklagerecht, damit ausgewählte Verbände oder Organisationen, wie etwa die Antidiskriminierungsstelle des Bundes, bei begründetem Verdacht eine Klage einreichen können. Eine Ursache für Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern liegt aber auch darin, dass viele Frauen in Teilzeit oder Minijobs arbeiten, weil sie den Großteil der privaten Fürsorge in den Familien leisten. Hinzu kommt, dass die Bereiche, in denen überwiegend Frauen arbeiten, deutlich schlechter entlohnt werden als typisch männliche Berufe. Pflege, Erziehung oder Kinderbetreuung sind für unsere Gesellschaft extrem wichtige Aufgaben. Wir wollen, dass sie endlich gerecht entlohnt werden."
Bündnis 90/Die Grünen
Platz vor dem Neuen Tor 1
11015 Berlin
Telefon: 030/28442130
Telefax: 030/28442234
Mail: presse@gruene.de
URL: <http://www.gruene-partei.de>


Pressekontakt

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

gruene-partei.de
presse@gruene.de

Firmenkontakt

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

gruene-partei.de
presse@gruene.de

Wir wollen mit unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik die Voraussetzungen für neue Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze mit Zukunft schaffen und soziale Ausgrenzung bekämpfen. Wir wollen den Kampf gegen die Klimazerstörung und für eine neue Energiepolitik verstärken. Unsere Wirtschaft wollen wir ressourcenschonend gestalten. Wir wollen eine neue Landwirtschaft und starke ländliche Räume, wir wollen die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken und gesunde Lebensmittel für alle. Für uns hat die Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen. Wir wollen den Menschen durch Bildung eine Zukunftsperspektive geben. Wir wollen das Engagement für Demokratie, Bürgerrechte, Minderheiten und eine weltoffene Gesellschaft weiterführen. Wir treten national wie international für die gerechte Globalisierung und eine dem Frieden, der Gewaltfreiheit, den Menschenrechten und der Demokratie verpflichtete Außenpolitik ein.